

PRESSEMITTEILUNG

SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

Freistaat will 60 Schulsozialpädagogenstellen schaffen

Aber: Nur ein Nürnberger Gymnasium soll profitieren

Die Ankündigung des bayerischen Kultusministers Bernd Sibler, dass der Freistaat erstmals 60 Stellen für Schulsozialpädagogen zum neuen Schuljahr schaffen will, löst bei der Rathaus-SPD gemischte Gefühle aus. „Einerseits ist es gut, dass der Freistaat endlich die Bedeutung von Schulsozialpädagoginnen und –pädagogen erkannt hat. Andererseits werden die gewachsenen, kommunalen Strukturen wieder einmal ignoriert und erscheint es angesichts der Dimension von nur 60 Stellen für ganz Bayern eher als ein Tropfen auf dem heißen Stein“, zeigt sich Stadträtin und Landtagskandidatin Claudia Arabackyj skeptisch. „In Nürnberg soll bisher nur das Hans-Sachs-Gymnasien von dem neuen Programm profitieren. Im Vergleich dazu: zum neuen Schuljahr sind im Bereich des städtischen Programms „Jugendsozialarbeit an Schulen“ bereits 95 sozialpädagogische Fachkräfte an insgesamt 83 Schulstandorten (von den Grundschulen, allen Mittelschulen, Förderschulen bis hin zu Realschulen und Gymnasien sowie Berufsschulen) allein in Nürnberg tätig. Einige der Stellen werden von der Stadt Nürnberg noch ganz alleine finanziert, für den Großteil erhält die Kommune einen allerdings sehr geringen Festbetrag als pauschalisierte Förderung. Anstatt nun neue und parallele Strukturen aufzubauen, sollte die Staatsregierung lieber ihre alte Zusage einhalten und 50% der tatsächlichen Kosten für die JaS-Stellen übernehmen.“, so Arabackyj. „Dies wollte man eigentlich tun, sobald es 1000 Stellen für die Jugendsozialarbeit an Schulen in Bayern gibt. Inzwischen ist diese Zahl beinahe erreicht und plötzlich hört man dazu nichts mehr, obwohl auch der Bayerische Städtetag wiederholt an diese Zusage erinnert hat“, ärgert sich Arabackyj. Auch sei die Ausrichtung der neuen Stellen noch völlig offen: Die Jugendsozialarbeit an Schulen ist bisher Teil der Jugendhilfe und damit eine Unterstützungsmaßnahme, die über die Schule hinausgeht. Auch die neu zu schaffenden Stellen sollen externen Partnern als Ansprechpartner dienen oder auch Lehrerfortbildungen anbieten. Hier würde es sich aus Sicht der SPD anbieten, die bereits bestehenden und durchaus bewährten Strukturen in Nürnberg mitzudenken und miteinzubeziehen.

„Die ebenfalls angekündigte Aufstockung bei den Schulpsychologen können wir nur begrüßen, hier herrscht ein enormer Bedarf. Allerdings werden auch hier die angekündigten 40 zusätzlichen Stellen für ganz Bayern bei Weitem nicht ausreichen.

Sollte es tatsächlich ein Ziel des Freistaats sein an Schulen multiprofessionelle Teams aufzubauen – was grundsätzlich zu begrüßen wäre – so müsste dies viel grundsätzlicher und mit wesentlich mehr finanziellem Einsatz erfolgen“, stellt Arabackyj fest.

Nürnberg, 14. August 2018